

Der Bezirksbürgermeister

Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)

Geschäftsführung
Frau Lange

Telefon: (0221) 221-91299

Fax: (0221) 221-91591

E-Mail: maria.lange@stadt-koeln.de

Datum: 16.06.2010

Niederschrift

über die **9. Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt** in der Wahlperiode 2009/2014
am Donnerstag, dem 27.05.2010, 16:00 Uhr bis 21:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau,
Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Andreas Hupke GRÜNE

Mitglieder der Bezirksvertretung

Frau Roswitha Berscheid	GRÜNE
Herr Daniel Dahm	GRÜNE
Herr Markus Graf	GRÜNE
Frau Dr. Birgitt Killersreiter	GRÜNE
Herr Marc Müller	GRÜNE
Frau Dr. Astrid Reimers	GRÜNE
Herr Rudolf Reiferscheid	SPD
Frau Elke von Netzer	SPD
Frau Dr. Regina Börschel	SPD
Herr Bernhard Mevenkamp	CDU
Frau Erdmute Nauwerk	CDU
Herr Wilhelm Schenk	CDU
Frau Monika Wintner	CDU
Herr Lorenz Deutsch	FDP
Frau Maria Tillessen	FDP
Herr Peter Löwisch	DIE LINKE
Herr Karl-Heinz Jorris	pro Köln

Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Herr Alfred Schultz SPD

Seniorenvertreterin

Frau Maria Flöge-Becker

Verwaltung

Herr Dr. Ulrich Höver
Frau Beate Stumm

Schriftführerin

Frau Maria Lange

Presse

Die Stellungnahmen zu **TOP 4.2.2** und **4.2.6** können aufgrund interner Abstimmungen erst zur nächsten Sitzung beantwortet werden.

Die nachträglichen Tagesordnungspunkte sind in die nachfolgende Tagesordnung eingefügt. Die so geänderte, bzw. ergänzte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A Vorstellung der Arbeit des Gestaltungsbeirates
Herr Jürgen Minkus, Architekt

- B Vorstellung des neuen Konzeptes für den Weihnachtsmarkt
auf dem Roncalliplatz
Herr Roland Temme

1 Einwohnerfragestunde

2 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3 Benennung von Bezirksvertretern/innen als Stimmzähler/innen

4 Anfragen

4.1 Anfragen aus früheren Sitzungen

4.1.1 Öffentlicher Raum, Werbung und Schilder Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0807/2010

4.2 Anfragen der Fraktionen zu dieser Sitzung

- 4.2.1 Kreisel Eierplätzchen
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0899/2010
Stellungnahme der Verwaltung zu 4.2.1
2233/2010
- 4.2.2 Zuständigkeit bei der Reinigung und Instandhaltung von unterirdischen Stadtbahnhaltestellen
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0917/2010
- 4.2.3 Gedenkschriftzug "Mai 1940 1000 Roma und Sinti" von Gunter Demnig vor dem Historischen Rathaus
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0919/2010
- 4.2.4 Drogenszene am Süd-Kai im Rheinauhafen
Anfrage der SPD-Fraktion
AN/0969/2010
- 4.2.5 Parkerlaubnisse am Gürzenich
Anfrage der SPD-Fraktion
AN/0970/2010
- 4.2.6 Bahnbögen im Eigelsteinviertel
Anfrage der SPD-Fraktion
AN/0971/2010
- 4.3 Anfragen der Einzelvertreter/innen zu dieser Sitzung
 - 4.3.1 Flüchtlingswohnheim Severinswall 24
Anfrage von Herrn Löwisch (Die Linke)
AN/0909/2010
Stellungnahme der Verwaltung zu 4.3.1
2075/2010
 - 4.3.2 Halteverbot Maybachstraße 21-25
Anfrage von Herrn Löwisch (Die Linke)
AN/0911/2010

5 Anträge gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.1 Anträge der Fraktionen

- 5.1.1 Sichere Querung der Krefelder Straße in Höhe des Gladbacher Walls
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1775/2009

Stellungnahme der Verwaltung zu 5.1.1
1838/2010

- 5.1.2 Fahrradabstellanlage Bonner Str. 16
Antrag der CDU-Fraktion
AN/0389/2010

- 5.1.3 Optimierung des Bürgersteigs in der Zülpicher Straße
Antrag der CDU-Fraktion
AN/0703/2010

- 5.1.4 Anlegen einer Baumallee auf der Christophstraße
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0730/2010

- 5.1.5 Fahrradabstellplätze am Hohenstaufering bzw. südöstlichen Zülpicher Platz
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0900/2010

- 5.1.6 Baumpflanzung Agrippinaufer
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0918/2010

- 5.1.7 Ebertplatz
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0913/2010

- 5.1.8 Grillkohlenentsorgung
Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0990/2010

5.2 Anträge der Bezirksvertreter/innen

- 5.2.1 Glascontainer "Am Salzmagazin"
Antrag von Herrn Löwisch (Die Linke)
AN/0910/2010

6 Anträge gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Anhörungs- und Initiativrechte)

6.1 Anträge der Fraktionen

- 6.1.1 Wiedereinführung des Einrichtungsverkehrs auf der Westseite des Heumarktes
Antrag der CDU-Fraktion
AN/0701/2010

- 6.1.2 Entfernung des Informationsschildes "Großbaustelle Heumarkt" am Offenbachplatz
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0901/2010

- 6.1.3 Klimastation auf der Aachener Str. Ecke Habsburgerring
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0902/2010

- 6.1.4 Bäume auf dem P 21
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0903/2010

- 6.1.5 Bauvorhaben Gereonsviertel
Antrag der CDU-Fraktion
AN/0914/2010

- 6.1.6 Alternative Lösungen zur Ampel über den Rechtsabbieger Ulrichgasse/Sachsenring
Antrag der FDP-Fraktion
AN/0920/2010

6.2 Anträge der Bezirksvertreter/innen

7 Entscheidungen

- 7.1 Schenkung der Kölner Grün Stiftung gGmbH für die Sanierung des Gereonsdriesch
1783/2010
- 7.2 Änderung der Schreibweise Picasso-Platz in Picassoplatz
1958/2010

8 Anhörungen und Stellungnahmen

- 8.1 Fragen an die Verwaltung
 - 8.1.1 Tatort-Imbissbude
 - 8.1.2 Sachstand Parkcafé im Rheinpark
 - 8.1.3 Abflüsse der Skater- und Basketballanlage im Klingelpützpark
 - 8.1.4 Begrünung der Gleise in der Justinianstraße
 - 8.1.5 Bänke auf der Schildergasse
 - 8.1.6 Sachstand Südbahnhof
 - 8.1.7 Denkmalschutz am Roten Haus
- 8.2 Bildungslandschaft Altstadt-Nord;
Rahmenplanung als Grundlage der weiteren städtebaulichen Entwicklung
Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan
Einleitung der Aufhebung eines Bebauungsplanes
Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Bau-
gesetzbuch
0485/2010
Änderungsantrag zu TOP 8.2 Bildungslandschaft-Altstadt-Nord
Antrag der FDP-Fraktion
AN/1019/2010
Änderungsantrag zu 8.2 Bildungslandschaft Altstadt-Nord
Antrag der CDU-Fraktion
AN/1026/2010
Änderungsantrag zu TOP 8.2 Bildungslandschaft Altstadt-Nord
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1007/2010

Änderungsantrag zu TOP 8.2. Bildungslandschaft Altstadt-Nord.
Antrag von Herrn Löwisch (Die Linke)
AN/0988/2010

- 8.3 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln
hier: Busnetz im Teilraum Linksrheinisch Mitte
1755/2010
- 8.4 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier:
Schneckenhaus e.V.
Sammelumdruck vom 10.05.2010
1588/2010
- 8.5 Plangenehmigungsverfahren gemäß § 18 b Allgemeines Eisenbahngesetz
(AEG) i. V. m. § 74 Abs. 6 VwVfG; hier: Stellungnahme zum Vorhaben "Werk
Bf Köln Bbf, befristete Aufstellung von Sozialräumen als Containeranlage"
1951/2010

9 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

- 9.1 Bericht aus dem Sanierungsbeirat
- 9.2 Empfehlungen des Sanierungsbeirates

10 Mitteilungen der Verwaltung

- 10.1 Mitteilungen der Verwaltung auf verschiedene mündliche Fragen aus früheren
Sitzungen
- 10.2 Mitteilungen zu Bauvorhaben gemäß § 2 Absatz 3, Nr. 6.7 der Zuständig-
keitsordnung
- 10.3 Tätigkeitsbericht des Ordnungs- und Verkehrsdienstes für das Jahr 2009
1521/2010
- 10.4 Lärmemissionen im Bereich der Zülpicher Straße
1818/2010
- 10.5 Geschwindigkeitskontrollen in der Eintrachtstraße, Altstadt-Nord
1964/2010

- 10.6 Brüsseler Platz - Umsetzung der Vorschläge aus dem Moderationsverfahren - Sachstandsbericht
1998/2010
- 10.7 Halteverbot Maybachstraße 21-25
Anfrage AN/0911/2010 - Die Linke
2076/2010
- 10.8 Sachstand zum Entwicklungskonzept Deutzer Hafen
1650/2010
- 10.9 Verwendung von Stellplatzablösemitteln für Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs
2090/2010

II. Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen der Verwaltung**
- 2 Anhörungen, Stellungnahmen und Entscheidungen**
- 2.1 Parkerlaubnisse am Gürzenich
2143/2010
Stellungnahme der Verwaltung zu TOP 4.2.5 ö.T.
- 3 Berichte aus den Beiräten**
- 3.1 Bericht aus dem Gestaltungsbeirat
- 3.2 Bericht aus dem Kunstbeirat

I. Öffentlicher Teil

A Vorstellung der Arbeit des Gestaltungsbeirates Herr Jürgen Minkus, Architekt

Herr Minkus, Vorsitzender des Gestaltungsbeirates, bedankt sich für die Einladung.

Seiner Ansicht nach ist die Aufgabe des Gestaltungsbeirates, die Kommunikation und den Diskurs zum Thema Baukultur unter allen Beteiligten zu fördern. Ziel sollte es sein, dass der Gestaltungsbeirat und alle Betroffenen schon in einer frühen Phase von Planungen beteiligt werden. Dies klappt seiner Meinung nach nicht immer. Es fehlt auch oft im Gestaltungsbeirat die Zeit, sich mit den einzelnen Themen gründlich und intensiv zu befassen. Er teilt auf Anfrage mit, dass es Brauch ist, den Gestaltungsbeirat nicht zu beteiligen, wenn zu einer Planung ein Wettbewerb stattgefunden hat.

Herr Minkus bedankt sich für die Aufmerksamkeit des Gremiums.

Herr Hupke bedankt sich bei Herrn Minkus und kündigt ihm an, dass die Bezirksvertretung ihn bei schwierigen Themen, die die Bauplanung betreffen, einladen wird.

B Vorstellung des neuen Konzeptes für den Weihnachtsmarkt auf dem Roncalliplatz Herr Roland Temme

Herr Temme und Frau Flocke, die künftigen Betreiber des Weihnachtsmarktes Roncalliplatz, stellen ihr Konzept anhand einer Präsentation vor.

Herr Hupke bedankt sich für den anschaulichen Vortrag.

1 Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

2 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

3 Benennung von Bezirksvertretern/innen als Stimmzähler/innen

Herr Graf, Frau von Netzer und Herr Schenk werden zu Stimmzählerin und Stimmzähler benannt.

4 Anfragen

4.1 Anfragen aus früheren Sitzungen

4.1.1 Öffentlicher Raum, Werbung und Schilder Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0807/2010

Die Stellungnahme der Verwaltung erfolgt zur Sitzung am 01.07.2010.

4.2 Anfragen der Fraktionen zu dieser Sitzung

4.2.1 Kreisel Eierplätzchen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0899/2010 Stellungnahme der Verwaltung zu 4.2.1 2233/2010

Die Stellungnahme der Verwaltung ist als Anlage beigefügt.

4.2.2 Zuständigkeit bei der Reinigung und Instandhaltung von unterirdischen Stadtbahnhaltestellen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0917/2010

Die Stellungnahme der Verwaltung erfolgt zur nächsten Sitzung.

4.2.3 Gedenkschriftzug "Mai 1940 1000 Roma und Sinti" von Gunter Demnig vor dem Historischen Rathaus Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0919/2010

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Gedenkspur wurde vor längerer Zeit beschädigt. Ob dies mutwillig geschah, ist nicht geklärt. Eine Neuverlegung gestaltet sich für Gunter Demnig, so seine Auskunft gegenüber dem NS-Dokumentationszentrum, aus technischen und zeitlichen Gründen schwierig. Zudem mussten zunächst die Kosten der Herstellung und Verlegung sowie die Übernahme der Kosten geklärt werden. Nach Auskunft Gunter Demnigs hat sich die GAG nun bereit gefunden, die Kosten zu übernehmen. Nach Mitteilung von Gunter Demnig (18. Mai 2010) plant er die Herstellung und Verlegung für den Herbst 2010.

4.2.4 Drogenszene am Süd-Kai im Rheinauhafen
Anfrage der SPD-Fraktion
AN/0969/2010
Stellungnahme der Verwaltung zu 4.2.4
2139/2010

Die Stellungnahme der Verwaltung ist als Anlage beigefügt.

4.2.5 Parkerlaubnisse am Gürzenich
Anfrage der SPD-Fraktion
AN/0970/2010

Die Stellungnahme der Verwaltung erfolgt im nichtöffentlichen Teil und ist als Anlage beigefügt.

4.2.6 Bahnbögen im Eigelsteinviertel
Anfrage der SPD-Fraktion
AN/0971/2010

Die Stellungnahme der Verwaltung erfolgt zur nächsten Sitzung.

4.3 Anfragen der Einzelvertreter/innen zu dieser Sitzung

4.3.1 Flüchtlingswohnheim Severinswall 24
Anfrage von Herrn Löwisch (Die Linke)
AN/0909/2010
Stellungnahme der Verwaltung zu 4.3.1
2075/2010

Die Stellungnahme der Verwaltung ist als Anlage beigefügt.

4.3.2 Halteverbot Maybachstraße 21-25
Anfrage von Herrn Löwisch (Die Linke)
AN/0911/2010

Herr Bruckes weist darauf hin, dass sich die in der Anfrage genannte Örtlichkeit mit dem Bereich deckt, der bei einem Ortstermin am 10.06.2010 begangen wird.

Die Stellungnahme der Verwaltung ist unter TOP 10.7 beigefügt.

5 Anträge gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.1 Anträge der Fraktionen

**5.1.1 Sichere Querung der Krefelder Straße in Höhe des Gladbacher Walls
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1775/2009
Stellungnahme der Verwaltung zu 5.1.1
1838/2010**

Ursprünglicher Beschlussvorschlag:

„Die Verwaltung wird gebeten, auf der Krefelder Straße in Höhe des Gladbacher Walls eine für Kinder sichere Querung zu ermöglichen. Als Alternativen kommen eine Ampel oder ein Zebrastreifen mit der Beschilderung "Kinder" in Frage.“

Herr Bruckes gibt folgende Stellungnahme ab:

„In der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt vom 14.12.2009 wurde ein Ortstermin vereinbart, um zu klären, welche Möglichkeiten bestehen, die Situation sicherer zu machen. Bei dem Ortstermin am 21.01.2010 wurde die Verwaltung beauftragt, die Verlegung der vorhandenen Bushaltestelle (Fahrrichtung stadtauswärts) in die Nähe der bestehenden Lichtsignalanlage Krefelder Wall zu prüfen. Der gesamte Vorgang wurde im Arbeitskreis Nahverkehr (KVB, Amt für Straßen und Verkehrstechnik und Amt für Stadtentwicklung und Statistik) eingehend geprüft und wie folgt bewertet: Die vorhandene Haltestellenlage mit der geplanten Überquerungshilfe stellt nach Ansicht der Verwaltung den optimalen Standort dar:

1. Durch den Umzug des Schauspielhauses in das EXPO XXI-Gebäude auf dem Gladbacher Wall werden die Fahrgastzahlen steigen. Eine Verlegung würde eine Gehwegverlängerung zum Schauspielhaus bedeuten.
2. Die Erschließung der Gesamtschule auf der Bernhard-Letterhaus-Straße würde sich bei Verlegung der Haltestelle ebenfalls verschlechtern.
3. Bei einer Verlegung der Haltestelle Höhe Krefelder Wall, wäre die Nutzung der vorhandenen Lichtsignalanlage mit einem Umweg verbunden.
4. Die vorhandene Bushaltestelle ist bereits als Buskap ausgebaut und musste zurückgebaut werden.

Aufgrund der vorgenannten Gründe haben sich die Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) und das Amt für Stadtentwicklung und Statistik gegen eine Verlegung ausgesprochen.

Die von der Verwaltung während des oben genannten Ortstermins vorgeschlagene Errichtung einer baulichen Überquerungshilfe, ist aufgrund von geometrischen Randbedingungen nur auf der Südseite der Einmündung Gladbacher Walls möglich. Die Anlage eines Fußgängerüberweges (Zebrastreifen) ist aufgrund der Nähe zu den vorhandenen Lichtsignalanlagen Innere Kanalstraße und Krefelder Wall nicht zulässig.

Durch die Errichtung der baulichen Überquerungshilfe auf der Krefelder Straße südlich Gladbacher Wall wird die fußläufige Situation über die Krefelder Straße nachhaltig verbessert werden.“ (s. auch nachträglich eingegangene schriftliche Stellungnahme im Anhang).

Nach Diskussion formuliert Frau Wintner folgenden geänderten Antragstext:

Beschluss:

- 1. Es wird schnellstmöglich eine Überquerungshilfe südlich des Gladbacher Walls mit Zebrastreifen errichtet.*
- 2. Zur Ermöglichung dieser Maßnahme soll die Abschaltung der Lichtsignalanlage südlich der geplanten Querung erfolgen und durch einen Zebrastreifen als Querungshilfe ersetzt werden.*
- 3. Die Verlegung der Haltestelle ist mittelfristig zu realisieren.*

Abstimmungsergebnis:

So geändert einstimmig beschlossen

**5.1.2 Fahrradabstellanlage Bonner Str. 16
Antrag der CDU-Fraktion
AN/0389/2010**

Ursprünglicher Beschlussvorschlag:

„Die Bezirksvertretung 1 bittet die Verwaltung im Bereich des Hauses Bonner Straße 16 eine Fahrradabstellanlage einzurichten.“

Frau Dr. Reimers betont, dass der Bürgersteig an dieser Stelle freigehalten werden sollte und ausreichende Fahrradabstellanlagen vorhanden sind.

Herr Mevenkamp regt an, diesen Bereich auch durch Baumpflanzungen vor parkenden Autos zu schützen.

Nach kurzer Diskussion wird der Antragstext von Herrn Mevenkamp wie folgt geändert:

Beschluss:

Der Bereich vor dem Haus Bonner Straße 16 soll durch geeignete Maßnahmen (exklusive Haarnadeln) vor parkenden Autos geschützt werden.

Abstimmungsergebnis:

So geändert einstimmig beschlossen

**5.1.3 Optimierung des Bürgersteigs in der Zülpicher Straße
Antrag der CDU-Fraktion
AN/0703/2010**

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, auf der Zülpicher Straße, im Abschnitt zwischen Ringe und Eisenbahnlinie, auf dem Bürgersteig die Bereiche für Außengastronomie, Außenwerbung und Fahrradständer zu optimieren. Dabei ist zu prüfen, ob die zwei Fahrradständer an der Ecke Zülpicher Str./Zülpicher Platz auf ihre ursprüngliche Stelle am Zülpicher Platz zwischen Falafel und Kim Phuc versetzt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig vertagt.

Die Verwaltung wird hierzu Vorschläge erarbeiten.

**5.1.4 Anlegen einer Baumallee auf der Christophstraße
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0730/2010**

Herr Bruckes weist anhand von Plänen zur Umgestaltung der Christophstraße darauf hin, dass dort sowieso schon Baumpflanzungen geplant sind.

Die Vorlage zur Umgestaltung der Christophstraße wird voraussichtlich in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt vorgelegt. Der Antrag soll dann im Zusammenhang mit der Vorlage besprochen werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Christophstraße mit „stadttauglichen“ Bäumen zu einer Allee umzugestalten und die Bezirksvertretung in die weitere Planung mit einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig vertagt

5.1.5 Fahrradabstellplätze am Hohenstaufering bzw. südöstlichen Zülpicher Platz

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0900/2010**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im südöstlichen Teil des Zülpicher Platzes weitere Fahrradabstellplätze einzurichten. Aufgrund des hohen Fußgängeraufkommens in diesem Bereich ist darauf zu achten, dass deren Bedürfnisse ebenfalls berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig vertagt

(s. auch TOP 5.1.3)

5.1.6 Baumpflanzung Agrippinaufer

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0918/2010**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in der nächsten Pflanzperiode auf dem Mittelstreifen Agrippinaufer zwischen Ubierring und Maternusstraße Bäume zu pflanzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5.1.7 Ebertplatz

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0913/2010**

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, bei Vermietungen der Ladenlokale im unteren Teil des Ebertplatzes eine kulturelle Nutzung zu bevorzugen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei Stimmenthaltung von Herrn Jorris

**5.1.8 Grillkohlenentsorgung
Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0990/2010**

Frau Dr. Börschel bittet nach Nachfrage bei Herrn Frischleder (Feuerwache 1) den Volksgarten mit in den Antragstext aufzunehmen.

Die antragstellende Fraktion ist damit einverstanden.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt, dass die Verwaltung beauftragt wird, eine effektive Grillkohlenentsorgung am Aachener Weiher *und im Volksgarten* einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig so ergänzt beschlossen

5.2 Anträge der Bezirksvertreter/innen

**5.2.1 Glascontainer "Am Salzmagazin"
Antrag von Herrn Löwisch (Die Linke)
AN/0910/2010**

Ursprünglicher Antragstext:

- „1. Die Verwaltung wird gebeten, die alten Remondis Glascontainer zu entfernen.
2. Die Verwaltung wird gebeten, die Entleerzeiträume der Glascontainer an der Ecke Ursulastraße - Marzellenstraße zu verkürzen.“

Frau Dr. Killersreiter regt an, die alten Remondis Container durch neuere Modelle zu ersetzen und Nr. 2 des Antrages zu streichen. Sie glaubt nicht, dass die Entleerungszeiten von der AWB verkürzt werden.

Herr Schenk bittet die Formulierung „Die Verwaltung wird gebeten... „ in „Die Verwaltung wird gebeten darauf hinzuwirken, dass...“ zu ändern.

Grundsätzlich regt Herr Hupke an, dass zu dieser Problematik Vertreter der Firma Remondis und von der AWB zur nächsten Sitzung eingeladen werden. Der Zustand vieler Containerstandorte in der Innenstadt lässt seiner Meinung nach zu wünschen übrig. Herr Löwisch weist in diesem Zusammenhang auch auf die Container am Gereonswall hin.

Herr Löwisch ändert seinen Antrag auf verschiedene Anregungen hin wie folgt:

Beschluss:

1. *Die Verwaltung wird gebeten daraufhin zu wirken, dass die alten Remondis-Glascontainer durch das neue Modell ersetzt werden.*
2. Sie wird gebeten *daraufhin zu wirken*, dass die Entleerungszeiten der Glascontainer an der Ecke Ursulastraße/Marzellenstraße verkürzt werden.

Abstimmungsergebnis:

So geändert einstimmig beschlossen

6 Anträge gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Anhörungs- und Initiativrechte)

6.1 Anträge der Fraktionen

**6.1.1 Wiedereinführung des Einrichtungsverkehrs auf der Westseite des Heumarktes
Antrag der CDU-Fraktion
AN/0701/2010**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung beauftragt die Verwaltung, den Einrichtungsverkehr auf der Westseite des Heumarktes wieder einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

zurückgezogen

**6.1.2 Entfernung des Informationsschilds "Großbaustelle Heumarkt" am Ofenbachplatz
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0901/2010**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt das auf dem Foto erkennbare Hinweisschild auf die „Großbaustelle“ Heumarkt ersatzlos zu entfernen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag hat sich erledigt. Die Verwaltung hat das Schild bereits entfernt.

**6.1.3 Klimastation auf der Aachener Str. Ecke Habsburgerring
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0902/2010**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Klimastation auf der Aachener Straße Ecke Habsburgerring (siehe Foto) wieder in Betrieb genommen werden kann. Sollte dies nicht oder nur mit erheblichen Kosten verbunden sein, soll die Entfernung und Einlagerung der Station veranlasst werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**6.1.4 Bäume auf dem P 21
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0903/2010**

Frau Müller teilt mit, dass es die Vorgabe gibt, auf dem Parkplatz einen Hotelbau nach § 34 BBauG zu genehmigen. Das Konzept wird in Zusammenarbeit mit der Messe erarbeitet. Das Hotel wird als Straßenrandbebauung erstellt. Wenn Bäume wegen des Baus gefällt werden sollten, müssen dafür Ersatzpflanzungen erfolgen. Bäume können nur im Rahmen eines Bebauungsplans geschützt werden. Dies soll auch weiterhin grundsätzlich so geschehen.

Frau Nauwerk weist darauf hin, dass für den Stadtbezirk Innenstadt ca. 200 Ersatzpflanzungen noch nicht geleistet wurden. Sie bittet, die Unternehmen darauf zu drängen, dass die Ersatzpflanzungen auf jeden Fall in angemessener Zeit im Stadtbezirk 1 vorgenommen werden.

Frau Müller betont, dass die Verwaltung bestrebt ist, den Baumbestand zu erhalten, soweit es richtig ist und er in gutem Zustand ist. Es kann jedoch auch sein, dass in dem zu entwickelnden Konzept ein so überzeugender städtebaulicher Vorschlag entwickelt wird, dass man den einen oder anderen Baum wegnimmt und eine Ersatzpflanzung vornimmt.

Beschluss:

Die Verwaltung möge bei der Erstellung eines B-Plans für Messeparkplatz P21 die Bäume absichern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**6.1.5 Bauvorhaben Gereonsviertel
Antrag der CDU-Fraktion
AN/0914/2010**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 bittet die Verwaltung, den Bauträger Frankonia zu veranlassen, durch Berieselung während der Abbrucharbeiten im Gerlingsareal die Staubentwicklung auf ein Minimum zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**6.1.6 Alternative Lösungen zur Ampel über den Rechtsabbieger Ulrichgasse/Sachsenring
Antrag der FDP-Fraktion
AN/0920/2010**

Herr Bruckes weist darauf hin, dass diese Ampel die Funktion hat 1. die Fußgängersicherheit zu gewährleisten und 2. die Linksabbieger von der Nord-Süd-Fahrt in Richtung Ubierring dosiert in die Wendemöglichkeit zu führen. Dadurch gibt es keinen Rückstau auf dem Sachsenring.

Herr Mevenkamp schlägt das Anbringen eines erläuternden Hinweisschildes vor.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten einer alternativen Lösung zur Ampelregelung für die Rechtsabbiegerspur von der Ulrichgasse (Nord-Süd-Fahrt) auf den Sachsenring zu prüfen, mit dem Ziel den Fußgängern eine ununterbrochene Querung des Ringes zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6.2 Anträge der Bezirksvertreter/innen

7 Entscheidungen

7.1 Schenkung der Kölner Grün Stiftung gGmbH für die Sanierung des Gereonsdriesch 1783/2010

Frau Nauwerk fragt nach, ob die Fläche unter dem Kopf von St. Gereon gepflastert werden soll. Sie betont, dass es der Wille der BV und des Künstlers ist, dass der Kopf weiterhin auf der Rasenfläche liegt. Außerdem betont sie, dass alle weiteren eventuellen Änderungen in der Planung erst der Zustimmung der Bezirksvertretung Innenstadt bedürfen.

Herr Dr. Höver gibt folgende Stellungnahme des Fachamtes weiter:

Die Sanierung Gereonsdriesch wurde in der 46. Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt am 30.04.2010 einstimmig beschlossen. Ergänzend zu diesem Beschluss fand am 14.05.2009 ein Ortstermin auf der Platzfläche statt, bei dem die Themen "Erhalt der Eiben" und "Schutz des Kunstwerks von Josef Beuys " behandelt wurden. Zur Sitzung der BV1 am 03.09.2009 wurden die Ergebnisse in einer Mitteilung der Verwaltung (Session 2825/20009) zusammengefasst. Die Sanierung der Platzfläche wird entsprechend dem Baubeschluss der BV umgesetzt, sofern die Schenkung angenommen wird. Ein Bouleplatz ist nicht Bestandteil des Baubeschlusses und wird nach dem jetzigen Stand der Planung nicht ausgebaut. Sollte ein entsprechender Antrag aus der Bürgerschaft an die Verwaltung herangetragen werden, so wird die Verwaltung eine Vorlage erarbeiten und der Bezirksvertretung Innenstadt zur Entscheidung vorlegen. Die Skulptur " Kopf des Heiligen St. Gereon" wurde als Bestand in die Planung der Platzsanierung mit integriert.

Herr Hupke teilt mit, dass auch ihm gesagt wurde, dass um den Kopf herum Pflasterungen vorgenommen werden sollen. Dies wird nicht befürwortet.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt nimmt die Schenkung der Kölner Grün Stiftung gGmbH in Höhe von 70.000 € für die Sanierung der historischen Platzfläche Gereonsdriesch dankend an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7.2 Änderung der Schreibweise Picasso-Platz in Picassoplatz 1958/2010

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt in Abänderung ihres Beschlusses vom 23.03.2006 (DS-Nr. 0200/105) die Schreibweise von „Picasso-Platz“ in „Picassoplatz“ zu ändern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8 Anhörungen und Stellungnahmen

8.1 Fragen an die Verwaltung

8.1.1 Tatort-Imbissbude

Frau Berscheid fragt, wo die Tatort-Imbissbude geblieben ist, die immer am Schokoladenmuseum stand. Aus der Zeitung hat sie entnommen, dass sie aus Denkmalschutzgründen entfernt wurde. Sie bittet um Mitteilung, ob dieser Imbiss nicht doch wieder dort aufgestellt werden kann. Viele Menschen haben ihn bereits vermisst.

8.1.2 Sachstand Parkcafé im Rheinpark

Herr Müller bittet um eine Mitteilung zum Sachstand Parkcafé im Rheinpark. Dazu gab es auch eine Anregung zum Bürgerhaushalt.

8.1.3 Abflüsse der Skater- und Basketballanlage im Klingelpützpark

Herr Löwisch bittet, die Abflüsse für Wasser auf der Skater- und Basketballanlage im Klingelpützpark regelmäßig zu reinigen. Nach Regen steht ein Großteil der Anlage unter Wasser.

8.1.4 Begrünung der Gleise in der Justinianstraße

Herr Schenk teilt mit, dass in der Vorlage zur Oberflächenwiederherstellung Heumarkt vorgeschlagen wurde, die Gleise zwischen Heumarkt und Neumarkt zu begrünen. Auf einen Antrag von ihm bezüglich der Begrünung der Gleise in der Justinianstraße ist von der Fachverwaltung mitgeteilt worden, dass dies nicht möglich sei. Er fragt, ob diese Aussage noch gültig ist und warum bei der Justinianstraße andere Maßstäbe angesetzt werden als beim Heumarkt.

8.1.5 Bänke auf der Schildergasse

Herr Hupke fragt, wo die Bänke von der Schildergasse hingekommen sind und warum sie entfernt wurden.

8.1.6 Sachstand Südbahnhof

Herr Graf erinnert an die Beantwortung seiner mündlichen Anfrage bezüglich des Sachstandes Südbahnhof.

8.1.7 Denkmalschutz am Roten Haus

Herr Graf fragt, ob die Bezirksvertretung bezüglich des Denkmalschutzes am Roten Haus noch involviert wird und die ganze Angelegenheit noch einmal in der Bezirksvertretung beraten werden soll. In der letzten Sitzung ist gesagt worden, dass wegen des Denkmalschutzes noch etwas in der Schwebe ist.

8.2 Bildungslandschaft Altstadt-Nord; Rahmenplanung als Grundlage der weiteren städtebaulichen Entwicklung Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan Einleitung der Aufhebung eines Bebauungsplanes Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch 0485/2010

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen folgende 4 Änderungsanträge vor:

Änderungsantrag zu TOP 8.2 Bildungslandschaft Altstadt-Nord
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1007/2010

Änderungsantrag zu 8.2 Bildungslandschaft Altstadt-Nord
Antrag der CDU-Fraktion
AN/1026/2010

Änderungsantrag zu TOP 8.2 Bildungslandschaft Altstadt-Nord
Antrag der FDP-Fraktion
AN/1019/2010

Änderungsantrag zu TOP 8.2. Bildungslandschaft Altstadt-Nord
Antrag von Herrn Löwisch (Die Linke)
AN/0988/2010

Frau Müller, Leiterin des Stadtplanungsamtes, betont, dass für die Vorlage aufgrund des Raumprogramms geprüft wurde, ob alle geplanten Nutzungen untergebracht werden können und in welchen Bautypologien dies geschehen kann. Es handelt sich nicht um einen Architektenentwurf, sondern lediglich um einen groben Vorentwurf.

Bezüglich einer Frage von Frau Berscheid teilt Herr Graebener mit, dass die im Plan (Anlage 5.1) grün eingezeichnete Freifläche an der Hauptschule nicht eingefriedet werden soll. Herr Mevenkamp weist daraufhin, dass so der Schulhof Teil des Klingelpützparcs, bzw. der Klingelpützpark zum Teil des Schulhofes wird.

Herr Mevenkamp betont, dass er das Konzept der Montagstiftung unterstützt und eine Kooperation der Schulen befürwortet. Er weist jedoch darauf hin, dass zwei Schulen

(Haupt- und Grundschule) in diesem Bereich in Zukunft nicht ausreichend Schülerinnen und Schüler haben werden.

Die CDU-Fraktion fragt, warum der Vorschlag der Bürgerinitiative „gedrehte Hauptschule“ nicht von der Verwaltung geprüft wurde. Er teilt mit, dass die im Änderungsantrag vorgeschlagenen Maßnahmen der Bürgerinitiative die Zustimmung von Herrn Montag und Herrn Imhäuser haben, mit denen er gesprochen hat.

Frau Müller weist darauf hin, dass das Fachamt intensive Untersuchungen, die sehr viel detaillierter als eine Machbarkeitsstudie waren, basierend auf exakten Auf- und Spannmaßen, vorgenommen hat. Sie kann jetzt schon sagen, dass, wenn dieser Vorschlag beschlossen wird, das Raumprogramm nicht ganz verwirklicht werden kann. Das Verbundgebäude kann nicht aufgegeben werden, wenn nur ein schmaler Streifen an die Jugendeinrichtung angebaut wird. Außerdem ist eine Aufstockung auf mehr als 4 Geschosse in diesem Bereich nicht realisierbar. Wenn die Bezirksvertretung in diesem Bereich weniger Flächen in Anspruch nehmen will, dann muss das Raumprogramm verringert werden.

Nach einer kurzen Pause wird der Antrag der CDU-Fraktion als weitestgehender zuerst beraten und die Punkte 1 bis 3 werden getrennt abgestimmt.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

Nr. 1 des Antrages:

„1. Die BV 1 lehnt die Vorlage ab und bittet die Verwaltung, das Konzept der Bürgerinitiative "gedrehte Hauptschule" zu übernehmen.

Sollten erhebliche Bedenken gegen das von der Bürgerinitiative geplante Verbundgebäude auf dem Grundstück des Abendgymnasiums bestehen, könnte das dafür vorgesehene Raumprogramm

- a) durch eine Aufstockung des Hauptschulgebäudes und/oder
- b) Aufstockung auf dem Nordwestflügel des Hansagymnasiums und/oder
- c) durch Abriss des Gebäudes Vogteistr. 17 (Jugendzentrum Klingelpütz) und anschließendem Neubau auf diesem Grundstück realisiert werden. Während der Abriss- und Bauzeit könnte das Jugendzentrum temporär in einem anderen Gebäude, z.B. ab 2011 der Hauptschule Gereonswall, untergebracht werden.

Sollte das Gebäude des Jugz nicht abgerissen werden, sind Funktionen der Bildungslandschaft Altstadt Nord durch Anbauten im rückwärtigen Bereich des Jugz unterzubringen.

Auch das Grundstück Flur 550/91 (ca. 5 – 6 m) kann für den Neubau verwandt werden, so dass das Verbundgebäude gegenüber dem Tower entfallen kann und das Areal als Schulhofgelände zur Verfügung steht. Somit ist kein Eingriff in den Park durch einen Schulhof erforderlich.

Die Flurstücke 224/91, 225/91 und 217/91 werden entsiegelt.

Beschluss zu Nr. 1

mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion und bei Enthaltung von Herrn Löwisch abgelehnt

Nr. 2 des Antrages:

2. Eine intensive Dachbegrünung ist vorzusehen, wird aber in der Berechnung der zu entsiegelnden Fläche nicht mit einbezogen.

Beschluss zu Nr. 2

Der Punkt wird von der CDU-Fraktion zurückgezogen, da er auch im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen enthalten ist.

Nr. 3 des Antrages:

3. Es ist darzustellen, wie viele Parkplätze baurechtlich nachgewiesen werden müssen, wie viele Parkplätze vorgesehen sind und wo diese eingerichtet werden.

Beschluss zu Nr. 3 des Antrages:

mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion und bei Stimmenthaltung von Herrn Löwisch abgelehnt.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion ist somit abgelehnt.

Danach wird über den Antrag der FDP-Fraktion beraten. Die Punkte 1 und 2 werden getrennt abgestimmt.

Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Nr. 1 des Antrages:

„1. Das Hauptschulgebäude soll in der Beschlussvorlage durch das u-förmige zum Schulkomplex geöffnete Gebäude der Variante „Straßenrandbebauung“ ersetzt werden. Die Höhe soll auf max. 4 Geschosse beschränkt werden. Auf genaue Vorgaben der Höhenentwicklung soll verzichtet werden.“

Beschluss zur Nr. 1 des Antrages:

gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

Nr. 2 des Antrages:

2. Bei der Auslobung eines beschränkten Wettbewerbes soll als Wettbewerbskriterium eine möglichst sensible Höhenentwicklung zum Park hin gefordert werden.“

Beschluss zur Nr. 2:

einstimmig beschlossen

Vom FDP-Antrag ist Nr. 2 einstimmig beschlossen.

Danach wird der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beraten und die Punkte 1 bis 10 einzeln abgestimmt:

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, im weiteren B-Planverfahren auf Basis der Variante „Anbau an die Jugendeinrichtung“ zu berücksichtigen bzw. umzusetzen:

1. Im Bereich Vogteistraße/Gereonswall wird nur soviel Fläche versiegelt wie auch entsiegelt wird.

Beschluss zu Nr. 1:

Herr Mevenkamp gibt zu Protokoll, dass er den einzelnen Punkten nur zustimmen kann, wenn festgehalten wird, dass die CDU-Fraktion dem ersten Satz („Die Verwaltung wird beauftragt, im weiteren B-Planverfahren auf Basis der Variante „Anbau an die Jugendeinrichtung“ zu berücksichtigen bzw. umzusetzen“) nicht zustimmt.

Nr. 1 mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion beschlossen.

Nr. 2 des Antrages:

2. Es wird geprüft, wie die Freizeitanlage baulich und funktional in den Neubau der Gemeinschaftseinrichtungen der „Bildungslandschaft“ an der Vogteistraße integriert werden kann. Ziel ist eine Minimierung der zu bebauenden Fläche.

Herr Graebener gibt zwei Hinweise zu der in Nr. 2 beantragten Prüfung zur Jugendeinrichtung:

1. Es handelt sich bei dem Gebäude nicht nur um eine Jugendeinrichtung. In den oberen Etagen befinden sich preisgünstige Wohnungen.
2. Der Abbruch und der Neubau des Gebäudes in vollem Umfang sind aus dem freiwilligen (disponiblen) Budget der Stadt Köln zu finanzieren. Er bezweifelt, dass die Kosten in siebenstelliger Höhe aus diesem Bereich finanziert werden können.

Herr Hupke erwidert, dass dies bereits die Vorwegnahme der von der Bezirksvertretung erbetenen Stellungnahme zum Prüfantrag ist.

Beschluss zu Nr. 2:

Die CDU-Fraktion bittet, die Formulierung wie folgt zu ändern:

„Die Freizeitanlage wird baulich und funktional in den Neubau der Gemeinschaftseinrichtung der „Bildungslandschaft an der Vogteistraße integriert mit dem Ziel der Minimierung der bebauten Flächen. Der Anbau soll im rückwärtigen Bereich erfolgen.“

Die Ergänzung der CDU-Fraktion wird mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Der ursprüngliche Vorschlag zu Nr. 2 wird mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion bei Stimmenthaltung von Herrn Jorris beschlossen.

Nr. 3 des Antrages:

3. Für den Mensa-/Werkraum-Neubau an der Vogteistraße sowie die übrigen Bauten der Bildungseinrichtungen wird ein beschränkter architektonischer Realisierungswettbewerb durchgeführt.

Beschluss zu Nr. 3:

Herr Mevenkamp schlägt vor, um ein einheitliches Konzept zu erhalten, dass der architektonische Wettbewerb für die beiden Bereiche Vogteistraße und Kyotostraße gemeinsam durchgeführt wird.

Der Antragsteller ist mit der Änderung einverstanden.

Nr. 3 einstimmig mit der Änderung der CDU-Fraktion beschlossen.

Nr. 4 des Antrages:

4. Die Platane an der Vogteistraße wird in die Planung einbezogen und somit geschützt.

Beschluss zu Nr. 4:

Es handelt sich um die große Platane an der Ecke Gereonswall/Vogteistraße.

Herr Reiferscheid gibt zu Protokoll, dass er davon ausgeht, dass durch den Erhalt der Platane die Realisierung des Anbaus nicht verhindert wird.

Nr. 4 einstimmig beschlossen

Nr. 5 des Antrages:

5. Eine intensive Dachbegrünung ist vorzusehen, wird aber in der Berechnung der zu entsiegelten Fläche nicht mit einbezogen.

Beschluss zu Nr. 5:

Einstimmig beschlossen

Nr. 6 des Antrages:

6. Mindestens 50% der nordwestlichen Fläche ist unter Sicherung des dortigen Baumbestands zu entsiegeln und als Grünfläche in den Klingelpützpark zu integrieren. Für die Bäume, die durch den Anbau an die Jugendeinrichtung entfallen, sind Ersatzpflanzungen vorzusehen.

Beschluss zu Nr. 6:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung von Herrn Jorris beschlossen

Nr. 7 des Antrages:

7. Die Flächennutzung und das Maß der baulichen Nutzung für Mensa und Werkräume im Bereich Vogteistraße/Gereonswall ist exakt darzustellen; es soll durchgängig eine flächensparende Dreigeschossigkeit mit zusätzlichem Staffelgeschoss in Arrondierung zum Grundstück der „Freizeitanlage Klingelpütz“ vorgesehen werden. Ziel ist eine Minimierung der zu bebauenden Fläche.

Beschluss zu Nr. 7:

Die antragstellende Fraktion streicht auf Anregung von Herrn Mevenkamp nach Diskussion den Text „in Arrondierung zum Grundstück der Freizeitanlage Klingelpütz“ und auf Anregung von Herr Deutsch das Wort „durchgängig“.

Herr Reiferscheid gibt zu Protokoll, dass die SPD-Fraktion keine Notwendigkeit sieht, die Bauten noch mehr zu minimieren. Die SPD-Fraktion würde natürlich einem in einem Wettbewerb entwickelten Entwurf, der am wenigsten in den Park eingreift, zustimmen, wenn dieser das geplante Raumprogramm mit einer annehmbaren Architektur realisiert. Frau Tillessen schließt sich der Meinung von Herrn Reiferscheid an.

Nr. 7 mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und von Herrn Löwisch abgelehnt.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet, da Nr. 7 abgelehnt wurde, diesen Teil als Protokollnotiz zu betrachten.

Nr. 8 des Antrages:

8. a) Die Flächennutzung für geplante Schulhöfe inklusive Einzäunung ist planungstechnisch konkreter darzustellen und mit Zahlen zu belegen.
- b) Geprüft werden soll, ob Teile des Schulhofs auf einem Gebäudedach angelegt werden können.

Beschluss zu Nr. 8:

- a) einstimmig beschlossen
- b) Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion und von Herrn Löwisch beschlossen.

Nr. 9 des Antrages:

9. Bis auf den Anbau an die Jugendeinrichtung erfolgen alle übrigen baulichen Nutzungen für Bildungseinrichtungen ausschließlich auf den schulischen Bestandsgrundstücken. Bauliche Eingriffe inklusive Schulhöfe in den Park über die Schulgrundstücksgrenzen hinaus sind nicht zulässig.

Beschluss zu Nr. 9:

Frau Müller betont auf Nachfrage von Herrn Deutsch, dass die notwendigen im Plan grün hinterlegten Schulhofflächen in den unmittelbar an die Gebäude angrenzenden Bereichen vorgesehen werden sollten.

Frau Dr. Killersreiter weist darauf hin, dass es der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bewusst ist, dass die Aufgabenstellung der Verwaltung die Realisierung des Raumprogramms auf den zur Verfügung stehenden Flächen war. Die antragstellende Fraktion hat aber eine andere Vorstellung von dem, was dort gebaut werden soll. Sie bittet daher, für den Schulhof eine andere Lösung zu finden und nicht Teile des Klingelpütz-parks dafür zu betonieren.

Herr Löwisch wie auch Herr Mevenkamp weisen auf die bereits gefassten Beschlüsse der Bezirksvertretung hin, die einen Eingriff in den Klingelpützpark ablehnen.

Herr Schenk merkt an, dass durch Verzicht auf die Einfriedung des Schulhofes der Park de facto als Schulhof genutzt und damit ein indirekter Eingriff in den Park vorgenommen wird. Herr Graebener erwidert, dass es sich hier um ein Modellprojekt handelt. Die Kinder sollen als pädagogisches Konzept Grenzen einhalten, ohne dass ein Zaun vorhanden ist. Herr Hupke entgegnet, dass sehr bald der Wunsch nach einem Zaun seitens der Eltern entstehen und der Zaun dann rasch wieder da sein wird.

Herr Deutsch weist darauf hin, dass die vorhandenen Flächen nicht erweiterbar sind.

Der große Nachteil der vorgeschlagenen Bebauung ist seines Erachtens nach die Entwicklung der Schulhoffläche in den Park hinein. Die FDP-Fraktion wollte deshalb lieber die in ihrem Antrag vorgeschlagene Variante (u-förmig zum Schulkomplex geöffnetes Gebäude) realisiert wissen.

Nr. 9 mehrheitlich beschlossen mit den Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der SPD-Fraktion und von Herrn Löwisch.

Herr Mevenkamp gibt zu Protokoll, dass die CDU-Fraktion gegen den Anbau an die Jugendeinrichtung ist.

Nr. 10 des Antrages:

10. Es wird geprüft, wie viel Parkplätze vorgesehen sind und wo diese räumlich zur Verfügung gestellt werden. Zusätzliche Flächen des Parks oder Schulhöfe werden dafür nicht verwendet.“

Beschluss zu Nr. 10:

Herr Reiferscheid bittet um folgende Änderung:

„Es wird dargestellt, wie viele Parkplätze aufgrund der Landesbauordnung nötig sind und wo diese zur Verfügung gestellt werden.“

Nr. 10 so geändert einstimmig beschlossen

Prüfantrag von Herrn Löwisch:

„Die Verwaltungsvorlage wird in der derzeitigen Fassung abgelehnt und die Verwaltung wird gebeten, hierzu Alternativen auf der Basis dieses Antrages zu entwickeln.

I) Die Verwaltung wird daher gebeten folgendes zu prüfen:

Besteht die Möglichkeit des Abrisses des maroden Gebäudes Vogteistr. 17 (Jugendzentrum)?

Besteht die Möglichkeit auf dem Gelände des JZ einen Neubau zu errichten bis zu einer drei bis viergeschossigen Höhe, der zum einen die auf diesem Gelände vorgesehenen Räumlichkeiten (Verbundgebäude – Mensa)) enthält und auch neue Räumlichkeiten für das Jugendzentrums? Wäre eine nutzbare Unterkellerung möglich?

Sollten die Räumlichkeiten nicht ausreichen wäre eine Straßenrandbebauung in einer Breite bis zu vier Metern und einer Tiefe bis zur Hälfte des JZ Geländes möglich, wobei nicht mehr als 10 Bäume der Baumaßnahme zum Opfer fallen sollten?

Könnten die der Baumaßnahme zum Opfer fallenden Bäume versetzt werden?

Sollte ein Versetzen der Bäume nicht möglich sein, wären Ersatzpflanzungen möglich?

II) Die Verwaltung wird gebeten, folgendes zu realisieren

Auf der anderen Parkseite das Schulgebäude und den Schulhof so zu verlegen, dass es nicht, wie es die vorliegende Planung vorsieht, massiv in den Park eingreift sondern das ganze auf dem bereits versiegelten Gelände der jetzigen Schulen gebaut werden kann.“

Herr Löwisch teilt mit, dass sich sein Antrag nach Beschluss des Änderungsantrages der Grünen erledigt hat, obwohl sein Antrag etwas schärfer formuliert war.

Er weist darauf hin, dass es logischer gewesen wäre, seinen Antrag zuerst abstimmen zu lassen und dann die anderen Änderungsanträge.

Nachdem über die vorliegenden Änderungsanträge abgestimmt wurde, ergibt sich folgender neuer Beschlusstext, über den Herr Hupke abstimmen lässt:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. nimmt die Rahmenplanung für die Bildungslandschaft Altstadt-Nord zur Kenntnis und beschließt die Variante "Anbau an die Jugendeinrichtung" (vgl. Anlage 5.1) als Grundlage für die weitere Planung;
2. beschließt die Aufstellung eines Bebauungsplanes nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) für das Gebiet zwischen Kyotostraße, Gereonswall, Vogteistraße, Klingelpütz und Kyotostraße in Köln-Altstadt/Nord (Gemarkung Köln, Flur 23, Flurstücke 405, 345, 613/90, 217/91, 225/91, 550/91, 224/91, 235/91, 234/91, 551/93, 92, 94, 95, 213/96, 212/97, 291/97, 289/97, 290/97, 377, 396, 397, 399, 614/90) –Arbeitstitel: "Bildungslandschaft Altstadt-Nord"– mit dem Ziel, eine geordnete städtebauliche Entwicklung der Bildungseinrichtungen der Bildungslandschaft Altstadt-Nord zu ermöglichen. Es ist das Ziel, Flächen für Gemeinbedarf (Bildungseinrichtungen), öffentliche Grünflächen sowie das Maß der baulichen Nutzung, überbaubare Grundstücksflächen und Verkehrsflächen festzusetzen;

3. beschließt, die Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 66462/04 für das Gebiet zwischen Gereonswall, Vogteistraße, Klingelpütz und Kyotostraße in Köln-Altstadt/Nord (Gemarkung Köln, Flur 23, Flurstücke 345, 613/90, 217/91, 225/91, 550/91, 224/91, 235/91, 234/91, 551/93, 92, 94, 95, 213/96, 212/97, 291/97, 289/97, 290/97, 377, 396, 397, 399, 614/90) einzuleiten;
4. beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 2 als Abendveranstaltung.
5. *Bei der Auslobung eines beschränkten Wettbewerbes soll als Wettbewerbskriterium eine möglichst sensible Höhenentwicklung zum Park hin gefordert werden. (siehe auch Änderungsantrag der FDP-Fraktion, Punkt 2)*
6. *Im Bereich Vogteistraße/Gereonswall wird nur soviel Fläche versiegelt wie auch entsiegelt wird. (Nr. 6 bis 14 siehe auch Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) (siehe auch Nr. 1 des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Grünen)*
7. *Es wird geprüft, wie die Freizeitanlage baulich und funktional in den Neubau der Gemeinschaftseinrichtungen der „Bildungslandschaft“ an der Vogteistraße integriert werden kann. Ziel ist eine Minimierung der zu bebauenden Fläche. (siehe auch Nr. 2 des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)*
8. *Für den Mensa-/Werkraum-Neubau an der Vogteistraße sowie die übrigen Bauten der Bildungseinrichtung und für die beiden Bereich Vogteistraße und Kyotostraße wird ein gemeinsamer beschränkter architektonischer Realisierungswettbewerb durchgeführt. (siehe auch Nr. 3 des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)*
9. *Die Platane an der Vogteistraße wird in die Planung einbezogen und somit geschützt. (siehe auch Nr. 4 des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Grünen)*
10. *Eine intensive Dachbegrünung ist vorzusehen, wird aber in der Berechnung der zu entsiegelnden Fläche nicht mit einbezogen. (siehe auch Nr. 5 des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Grünen)*
11. *Mindestens 50% der nordwestlichen Fläche ist unter Sicherung des dortigen Baumbestands zu entsiegeln und als Grünfläche in den Klingelpützpark zu integrieren. Für die Bäume, die durch den Anbau an die Jugendeinrichtung entfallen, sind Ersatzpflanzungen vorzusehen. (siehe auch Nr. 6 des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)*
12. *Die Flächennutzung für geplante Schulhöfe inklusive Einzäunung ist planungstechnisch konkreter darzustellen und mit Zahlen zu belegen. Geprüft werden soll, ob Teile des Schulhofs auf einem Gebäudedach angelegt werden können. (siehe auch Nr. 8 des Antrages der Fraktion Bündnis/Grünen)*
13. *Bis auf den Anbau an die Jugendeinrichtung erfolgen alle übrigen baulichen Nutzungen für Bildungseinrichtungen ausschließlich auf den schulischen Bestandsgrundstücken. Bauliche Eingriffe inklusive Schulhöfe in den Park über die Schulgrundstücksgrenzen hinaus sind nicht zulässig. (siehe auch Nr. 9 des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Grünen)*
14. *Es wird dargestellt, wie viele Parkplätze aufgrund der Landesbauordnung nötig sind und wo diese zur Verfügung gestellt werden. Zusätzliche Flächen des Parks oder Schulhöfe werden dafür nicht verwendet. (siehe auch Nr. 10 des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)*

Abstimmungsergebnis:

Der so geänderten Beschlussvorlage wird mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei Stimmenthaltung von Herrn Jorris zugestimmt mit der Bitte an den Stadtentwicklungsausschuss, den Anregungen zu folgen.

**8.3 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln
hier: Busnetz im Teilraum Linksrheinisch Mitte
1755/2010**

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Frau Suer vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik und Herr Bohndorf von der KVB anwesend.

Frau Dr. Reimers fragt, ob es zu Einsparungen kommt, da hier zwei Linien zusammengelegt werden. Herr Bohndorf antwortet, dass die Einsparung für die Verlängerung der Linie 5 bereits verbraucht wurde.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Busnetz im Teilraum Linksrheinisch Mitte in Abstimmung mit den Kölner Verkehrs-Betrieben (KVB) gemäß den Ausführungen im Abschnitt 3 und der Anlage 2 zum Fahrplanwechsel Dezember 2010 anzupassen.

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Aufnahme der sich aus dem neuen Linienkonzept ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**8.4 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
hier: Schneckenhaus e.V.
Sammelumdruck vom 10.05.2010
1588/2010**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, die Eltern-Kind-Initiative Schneckenhaus e.V., Gotenring 37, 50679 Köln, gemäß § 75 Absatz 2 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

8.5 Plangenehmigungsverfahren gemäß § 18 b Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) i. V. m. § 74 Abs. 6 VwVfG; hier: Stellungnahme zum Vorha-

**ben "Werk Bf Köln Bbf, befristete Aufstellung von Sozialräumen als Containeranlage"
1951/2010**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die als Anlage 3 beigefügte Stellungnahme der Stadt Köln zum Vorhaben der DB Fernverkehr AG.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

9 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

Herr Hupke teilt mit, dass der diesjährige Empfang des Bezirksbürgermeisters wahrscheinlich in der ersten Septemberwoche stattfinden wird.

9.1 Bericht aus dem Sanierungsbeirat

9.2 Empfehlungen des Sanierungsbeirates

10 Mitteilungen der Verwaltung

Die Mitteilungen der Verwaltung sind als Anlage beigefügt.

10.1 Mitteilungen der Verwaltung auf verschiedene mündliche Fragen aus früheren Sitzungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

10.2 Mitteilungen zu Bauvorhaben gemäß § 2 Absatz 3, Nr. 6.7 der Zuständigkeitsordnung

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

**10.3 Tätigkeitsbericht des Ordnungs- und Verkehrsdienstes für das Jahr 2009
1521/2010**

**10.4 Lärmemissionen im Bereich der Zülpicher Straße
1818/2010**

**10.5 Geschwindigkeitskontrollen in der Eintrachtstraße, Altstadt-Nord
1964/2010**

**10.6 Brüsseler Platz - Umsetzung der Vorschläge aus dem Moderationsverfahren - Sachstandsbericht
1998/2010**

Herr Mevenkamp bittet, auf den Stadtinformationsanlagen auch einen Hinweis auf die Gastronomie am Aachener Weiher mit aufzunehmen. Herr Kilp erwidert, dass der Moderator beabsichtigt, separate Schilder mit diesem Hinweis aufzustellen.

**10.7 Halteverbot Maybachstraße 21-25
Anfrage AN/0911/2010 - Die Linke
2076/2010**

**10.8 Sachstand zum Entwicklungskonzept Deutzer Hafen
1650/2010**

**10.9 Verwendung von Stellplatzablösemitteln für Maßnahmen zur Förderung
des Radverkehrs
2090/2010**

gez. Hupke
Bezirksbürgermeister

gez. Lange
Schriftführerin